



Steffen Flath Mdl  
Fraktionsvorsitzender

## Deutschland schnappt über

von Steffen Flath, Fraktionsvorsitzender

Der Dioxin-Skandal war gar keiner. Sein Ende fand in aller Stille statt. Zur Grünen Woche in Berlin gab das Bundesinstitut für Risikobewertung Entwarnung. Die in Eiern und Schweinefleisch festgestellten Werte des Umweltgiftes seien ungefährlich gewesen. Das gelte selbst, wenn jemand ein Jahr lang täglich zwei Eier mit der höchsten festgestellten Dioxinbelastung gegessen habe, erklärte Institutspräsident Andreas Hensel (s. auch [www.bfr.bund.de](http://www.bfr.bund.de)).

Nachdem über Wochen fast jeder Dioxinfund die Nachrichtenlage beherrschte, blieb diese Meldung weitgehend unberücksichtigt. Das hat seinen Grund: Wahrheit ist mit unter langweilig. „Skandal“ klingt allemal aufregender als „alles halb so schlimm“. Nur schlechte Nachrichten sind gute Nachrichten. Das Negative, das Krisenhafte muss im Zentrum der Berichterstattung stehen. Nur so, glauben viele Medienmacher, lassen sich Leser, Hörer und Zuschauer bei der Stange halten. Für analytische, an der Sache orientierte Aufklärung, ist kaum Platz.

**„Journalisten und Politiker schaukelten sich gegenseitig hoch.“**

Diesen Medientrend können wir Politiker zwar beklagen, sollten uns aber auch an die eigene Nase fassen. Denn die politische Klasse wirkt an der krisenhaften Zuspitzung mit. Kaum ist ein

Skandal ausgerufen, findet sich ein politischer Funktionsträger, der empört nach Konsequenzen ruft. So auch bei den jüngst aufgetretenen erhöhten Dioxinwerten. Mit den ersten Funden des Umweltgiftes kamen die politischen Forderungen nach einer höheren Kontrolldichte bei Futter- und Lebensmitteln. Journalisten und Politiker schaukelten sich hoch: „Dioxin-Skandal: Täglich neue Horrormeldungen“, „Verseuchte Eier an Arme verteilt“, „Dioxin-Skandal reißt nicht ab“, „Vergiftetes Fleisch ging in Handel“, „1000 Mastbetriebe zusätzlich gesperrt“, „Dioxin-Werte bis zu 78 Mal höher als erlaubt“, „Grüne attackieren Aigner wegen Dioxin-Skandal“, „Länderminister giften gegen Aigner“. Die Eskalationsspirale schraubte sich atemberaubend schnell empor und ließ einem das Frühstücksei im Hals stecken. Schließlich sollte gar die Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner zurücktreten. Diese forderte sichtlich entnervt gleich selbiges von anderen. Und wie bei fast allen „Lebensmittelskandalen“ zuvor, mündete auch dieser in dem Ruf nach einem kompletten Systemwechsel - der Agrarwende. Deutschland schnappte wieder einmal über. Und weswegen? Am Ende blieb lediglich ein juristisches Problem, nämlich die unerlaubte Beimischung von Industriefetten in Futtermittel. Medien und Politik nei-

### Termine

**3. März 2011**

Fraktionsakademie in Dresden

**15. März 2011**

Johann-Amos-Comenius-Club Sachsen, 18:00 Uhr, BÖRSE DRESDEN, Tagungszentrum in der MESSE DRESDEN, Saal Hamburg

### Impressum:

CDU-Fraktion  
des Sächsischen Landtages  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden

Telefon: 0351- 493 56 10  
Fax: 0351- 493 54 44  
E-Mail:  
[pressestelle@cdu-sachsen-fraktion.de](mailto:pressestelle@cdu-sachsen-fraktion.de)

Redaktion: Dirk Reelfs (V.i.S.d.P),  
Andreas Kunze

SIE FINDEN UNS AUCH IM WEB UNTER:

[WWW.CDU-SACHSEN-FRAKTION.DE](http://WWW.CDU-SACHSEN-FRAKTION.DE)

gen zur Hysterie und schließen eine unheilige Allianz. BSE, Nitrofen, Vogel- oder Schweinegrippe, Sars, Acrylamid und immer wieder Dioxin - die Liste grotesker Erregungen ist lang. Das wäre nicht weiter schlimm, wenn dabei kein Schaden entstehen würde. Einkommensverluste in der Wirtschaft wie unlängst wieder bei Landwirten und verunsicherte Bürger mag manch einer noch für verkraftbar halten. Die Folgen vergangener Aufregungen können jedoch einiges kosten. So blieb der Freistaat auf Impfstoff gegen die Schweinegrippe im Wert von rund elf Millionen Euro sitzen.

### Seriös Politik vermitteln

Nicht in Geld ausdrücken lässt sich dagegen der Glaubwürdigkeitsverlust. Durch eine überdrehte Aufregung deskreditieren sich die Ge-

walten der Mediendemokratie selbst. Die Bevölkerung wendet sich vom öffentlichen Diskurs ab. Am Ende stehen ein bestenfalls



Der Absatz von Eiern hat auch in Sachsen unter der übertriebenen öffentlichen Dioxin-Diskussion gelitten.

noch flüchtiger Medienkonsument und ein politikverdrossener Bürger. Mehr noch: Diese Art der Debatte tut dem Land nicht gut. Wenn Deutschland schon wegen ein paar Billionstel Gramm Dioxin verrückt spielt, was passiert dann

erst, wenn das Land vor tiefgreifenden Reformprozessen steht? „Überdrehte Zuspitzung gibt der Politik, gibt dem Gelingen keine Chance mehr“, sagt Hans-Ulrich Jörges, Mitglied der Stern-Information und Analyse in der Berichterstattung und weniger Unterhaltung. Zugegeben, in dieser medienüberdrehten Gesellschaft ist es schwer, seriös Politik zu vermitteln. Doch Politik hat mehr als nur Unterhaltungswert. Wir brauchen mehr Besonnenheit im politischen Handeln. Hin und wieder wäre es für uns Politiker auch hilfreich, eine Gelegenheit zur Kommentierung einmal ungenutzt verstreichen zu lassen. Mehr Gelassenheit und Aufrichtigkeit würden dem Land gut tun. Was wir überhaupt nicht brauchen, ist eine Politik nach aktueller Medienlage.

## Staatsmodernisierung: Schlanke und bürgerfreundliche Verwaltung bis 2020

Den Auftakt des Februarplenums bildete die Aktuelle Debatte zum Thema: "Herausforderung 2020: Durch Staatsmodernisierung eine schlanke und bürgerfreundliche Verwaltung in Sachsen schaffen" Nach Auffassung der Koalitionsfraktionen von CDU und FDP hat Sachsen den richtigen und notwendigen Schritt getan und den Staatshaushalt auf die Finanzsituation der nächsten Jahre eingestellt. Daher ist es nur folgerichtig, auch die Verwaltungsstruktur entsprechend anzupassen. „Wenn wir wissen, dass die Einnahmen für Freistaat

und Kommunen in den kommenden Jahren sinken werden, dann sind wir in der Pflicht, gemeinsam nach Wegen zu suchen, die Ausgaben zu reduzieren. Dabei sollten wir uns davon leiten lassen, mit dem auszukommen, was wir haben“, sagte CDU-Fraktionschef Steffen Flath in seinem Redebeitrag.

### Ausgewogen und gerecht

Gleichzeitig äußerte der Fraktionsvorsitzende Verständnis dafür, dass die Entscheidungen über die künftigen Behördenstandorten

nicht überall auf Gegenliebe stoßen. „Die Regierung hat jedoch ausgewogene Standortentscheidungen getroffen. Das Weniger an Ämtern ist im Land gerecht verteilt worden“, so Flath. Nun käme es darauf an, bei der Feinjustierung der Aufgabenschnitte größtmögliche Bürgernähe zu erreichen. „Dienstleistungs- und Servicequalität dürfen bei der Reform nicht unter die Räder kommen“. Die Entscheidung der Staatsregierung zur Staatsmodernisierung gibt den Behörden im Freistaat zudem eine langfristige Perspektive.

## Personalien

**Stephan Meyer (MdL)** ist neues Mitglied im Sächsischen Landesnaturausschuss. Das Gremium ist auf fünf Jahre gewählt und

setzt sich aus drei Landtagsabgeordneten plus je ein Mitglied aller anerkannten Naturschutzvereinigungen zusammen. **Jan Löffler**

(MdL) und **Sebastian Fischer (MdL)** wurden in den Landesvorstand der Jungen Union Sachsen und Niederschlesien gewählt.

## „Wir brauchen mehr Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel“

Die CDU-Landtagsfraktion ersucht die Staatsregierung und Vertreter der sächsischen Wirtschaft sich für mehr Maßnahmen gegen den bevorstehenden Fachkräftemangel einzusetzen. „Sachsen wird sich in den kommenden Jahren, bedingt durch die positive Konjunktur und die negative demografische Entwicklung, auf einen Fachkräftemangel einstellen müssen. Allein mit den bisherigen Aktivitäten kann dieses Defizit nicht ohne Weiteres kompensiert werden“, sagte der arbeitsmarktpolitische Sprecher der CDU-Fraktion Alexander Krauß. Sachsen bräuchte

deshalb neue und nachhaltige Lösungen. „So müssen wir in Sachsen das Potential unserer eigenen Arbeitskräfte durch eine bessere und gezielte Ausbildung, Qualifizierung oder Umschulung besser nutzen. Zudem sollten Anstrengungen unternommen werden, um Menschen, die Sachsen bereits verlassen haben, wieder zurückzuholen. Auch ausländische Fachkräfte müssen in Zukunft noch stärker angeworben werden“, so Krauß. Zudem setzt sich die CDU-Landtagsfraktion für die Stärkung der dualen Berufsausbildung in Sachsen ein. Betriebe sollten wie-

der häufiger auf ältere Arbeitnehmer über 50 zurückgreifen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss weiter verbessert werden. „Nur wenn wir all diese Maßnahmen gemeinsam und zügig vorantreiben, werden wir den Fachkräftebedarf in Sachsen bedienen können“, betonte Krauß.



Alexander Krauß MdL

## Sachsens Bundeswehrstandorte erhalten

Die CDU-Fraktion drängt darauf, dass im Zuge der Strukturreform bei der Bundeswehr, keine weiteren Standorte in Sachsen geschlossen werden. „Alle Bundeswehrstandorte in

Sachsen müssen erhalten bleiben“, sagte Prof. Dr. Günther Schneider, Beauftragter für die Bundeswehr in der CDU-Landtagsfraktion.



Prof. Günther Schneider MdL

Sachsen verfügt über eine sehr gute Infrastruktur und Ausstattung. Außerdem hat der Freistaat eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung. Nach Ansicht der Abgeordneten Iris Firmenich sind

die sächsischen Standorte für die Umsetzung der Strukturreform unerlässlich. Das bisherige Niveau müsse deshalb erhalten bleiben. „Wir haben als Sachsen bereits einen Einsparbeitrag gebracht. Das war sehr schmerzlich“, sagte Firmenich und verwies dabei auf frühere Standortschließungen. Sie drängt zugleich auf eine schnelle Entscheidung zur Umsetzung der Reform. „Die Soldatinnen und Soldaten brauchen Verlässlichkeit für ihre persönliche und berufliche Planung.

### Verlässlich und professionell

Mit dem gemeinsamen Antrag geben die Regierungsfractionen CDU und FDP gleichzeitig ein deutliches Bekenntnis für das Engage-

ment der Soldatinnen und Soldaten bei der Ausbildung, im Katastrophenschutz sowie bei weltweiten Einsätzen im Rahmen von Friedensmissionen ab. Die neuen inter-



Iris Firmenich MdL

nationalen Aufgabenstellungen der Bundeswehr wie Krisenintervention, Friedenserhaltung und Friedenssicherung erfordern ein

immer höheres Maß an Professionalität unserer Soldatinnen und Soldaten. Deshalb ist eine strukturelle und personelle Neuausrichtung bei der Bundeswehr dringend erforderlich.

## Zitat des Monats

„Das ist eine echte Erfolgsgeschichte.“

Christian Hartmann MdL, zur Umsetzung des Konjunkturpaketes II in Sachsen am 10. Februar 2011.